



Syrien/Iran: *Zivilbevölkerung in Idlib, humanitäre Notlage der Bevölkerung, drohende Folter*

Hintergrundinformationen



Syrien: 17,9 Mio. Einwohner auf 185.180 km² Fläche, BSP/Einw. 2610 \$ (2010), Bevölkerung: ca. 89% syrische Araber, über 6% Kurden (z.T. staatenlos), 2% Armenier sowie Tscherkessen, Turkmenen, Türken u.a., Religion: 87% Muslime: 74% Sunniten, 13% Alawiten (herrschende Elite), Ismailiten und Schiiten, 10% Christen, 3% Drusen (1992). Syrien hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert, letzteres jedoch mit Einschränkungen.

-



Die syrische Regierung hat in den vergangenen vier Jahren mit Unterstützung durch russisches und iranisches Militär zahlreiche Gebiete von den Rebellen zurückerobert. Die Regime-Truppen und ihre Verbündeten gehen dabei mit äußerster Brutalität vor. Die Zivilbevölkerung ist den massiven Bombardierungen schutzlos ausgeliefert. Der Rückeroberung von Regionen wie Ost-Aleppo, Dar'a oder Ost-Ghouta gingen brutale Belagerungen voraus, durch die die Zivilisten ausgehungert wurden.

Haben die EinwohnerInnen betroffener Gebiete bereits die Gewaltherrschaft verschiedener Rebellengruppen ertragen, drohen ihnen „Verschwindenlassen“, außergerichtliche Hinrichtungen und Folter, wenn die syrische Armee wieder die Kontrolle übernimmt.

Seit mehreren Wochen berichten Medien und Menschenrechtsorganisationen über Luftangriffe auf die Region Idlib. Dabei werden gezielt Krankenhäuser, Schulen und andere zivile Einrichtungen angegriffen.

Im Herbst 2018 hatten sich insbesondere Russland, der Iran und die Türkei nach Verhandlungen geeinigt, in Idlib eine entmilitarisierte Zone zu schaffen. Damit war zunächst eine neue Offensive der syrischen Armee und ihrer Verbündeten abgewendet worden. Seit dem Frühjahr 2019 kommt es jedoch wieder verstärkt zu Kämpfen mit Rebellen. Das Regime nimmt diese zum Anlass für schwere Angriffe auf die ganze Region.

Es ist zu befürchten, dass Idlib nun ein ähnliches Schicksal bevorsteht wie Ost-Aleppo im Jahr 2016.

In Idlib leben inzwischen 2,5 bis 3 Millionen Menschen. Zahlreiche von ihnen haben dort laut Amnesty International (AI) vor Kämpfen in anderen Landesteilen Zuflucht gesucht.

Nicht nur die Personen, die sich offen für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben oder die als Oppositionelle bekannt sind, sondern prinzipiell alle BewohnerInnen von Idlib sind in Gefahr, Opfer der Rache der Regierungstruppen zu werden.

Der UNO lagen glaubwürdige Hinweise vor, dass in Ost-Aleppo Zivilpersonen in ihren Häusern oder in den Straßen durch Regierungstruppen außergerichtlich exekutiert wurden.

Zudem war bekannt geworden, dass nach UNO-Angaben insbesondere Hunderte Männer und Jungen aus eroberten Gebieten abgeführt wurden und seither vermisst sind (vgl. DA Februar 2017 und Januar 2018).

Angesichts der bisherigen Erfahrungen bei Rückeroberungen von Gebieten ist das Leben von Millionen Zivilpersonen in Idlib in Gefahr.

Da neben Russland auch der Iran ein einflussreicher Akteur im syrischen Bürgerkrieg ist, appellieren wir an den Religionsführer des Iran, sich für eine humane Behandlung der Menschen in Idlib einzusetzen.



Brieftext

Bitte schreiben Sie an das Staatsoberhaupt der Islamischen Republik Iran und senden Sie eine Kopie an den Botschaftsrat in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich.

Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto Luftpost 1,10 EUR; Standardbrief nach Berlin 0,80 EUR**).

Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.07.2018.

[Fax-Nr. der iranischen Botschaft: 030/832229133, Herrn Ali Akbar Dabiran, Botschaftsrat (Geschäftsträger a.i.);

E-Mail: info@iranbotschaft.de]

**Ayatollah Sayed 'Ali Khamenei
Islamic Republic Street -
End of Shahid Keshvar Doust Street
Tehran
IRAN**

Exzellenz,

mit großer Beunruhigung vernehme ich Berichte über die katastrophale Lage der Bevölkerung in der syrischen Region Idlib.

Seit dem Frühjahr 2019 ist es wieder verstärkt zu Kämpfen zwischen dem syrischen Militär sowie verbündeten Einheiten und Rebellengruppen gekommen. Zahlreiche Zivilpersonen sind bei Luftangriffen der Armee getötet oder verletzt worden. Wiederholt wurden gezielt Krankenhäuser, Schulen und andere zivile Einrichtungen zerstört.

Aufgrund schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen bei früheren Rückeroberungen von Städten und Ortschaften befürchte ich, dass auch in Idlib die BewohnerInnen bedroht sind von „Verschwindenlassen“, außergerichtlichen Hinrichtungen und Folter, wenn die syrischen Regierungstruppen und ihre Verbündeten die Kontrolle übernehmen.

Da die Islamische Republik Iran ein einflussreicher Unterstützer der syrischen Regierung ist, appelliere ich an Sie, sicherzustellen, dass:

- alle Personen, die festgenommen werden, vor Folter und Misshandlungen, willkürlicher Inhaftierung und „Verschwindenlassen“ wie auch vor Hinrichtungen geschützt werden und ihnen Zugang zu Ärzten, Angehörigen und Rechtsbeiständen ermöglicht wird.
- völkerrechtliche Verpflichtungen vollständig respektiert werden und die Zivilbevölkerung nicht bombardiert wird;
- die uneingeschränkte humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung in umkämpften

Gebieten garantiert wird.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.

Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

Herrn Ali Akbar Dabiran, Botschaftsrat (Geschäftsträger a.i.)

Botschaft der Islamischen Republik Iran

Podbielskiallee 65-67

14195 Berlin

Exzellenz,

mit untenstehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie übermittle, möchte ich das Staatsoberhaupt der Islamischen Republik Iran im Falle der bedrohten Menschen in der syrischen Region Idlib um Unterstützung bitten.

Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)



Honduras: *Rosalina Dominguez u.a.*, Morddrohungen

Hintergrundinformationen



Honduras: 7,1 Mio. Einwohner auf 112.492 km² Fläche, BSP/Einw. 2070 \$ (2012), Bevölkerung: 90% Mestizen, 7% Indianer, 2% Schwarze, 1% Weiße, Religion: 80% Katholiken, Minderheiten von Anglikanern, Baptisten u.a.; unabhängig seit 1838. Honduras hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* sowie das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Die Menschenrechtsverteidigerin **Rosalina Dominguez**, ihre vier Söhne im Alter zwischen 16 und 30 Jahren sowie zwei Angehörige der indigenen Gemeinschaft von Río Blanco im Departamento Intibucá haben Drohungen erhalten.

Sie wurden laut Amnesty International (AI) am 30. April und 1. Mai 2019 von mindestens sieben Personen verbal bedroht, von denen eine bewaffnet war. Mitte Mai soll Rosalina Dominguez erneut bedroht werden sein.

Die Menschenrechtsverteidigerin engagiert sich für die Indigenenorganisation COPINH (Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras). Ebenfalls ist sie zuständig für Finanzen im Indigenenrat von Río Blanco. Die BewohnerInnen der Gemeinde befürchten, dass die Vorfälle der Beginn eines umfangreicheren Angriffs sein könnte.

Die indigenen Gemeinschaften der Lenca in Río Blanco, Santa Barbara, im Westen von Honduras wenden sich seit Jahren gegen ein Wasserkraftwerksprojekt auf dem Land, das sie seit Jahrhunderten besiedeln. Sie beklagen, dass es keine Konsultation der Indigenen nach dem Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung gegeben hat. Die Gemeinschaften werden von COPINH unterstützt.

COPINH fordert seit über 20 Jahren einen besseren Lebensstandard für die Gemeinschaften in Río Blanco im Nordwesten des Landes. Seit 2011 setzt sich COPINH für das Recht der Lenca auf freie, vorherige und informierte Zustimmung bezüglich eines geplanten Wasserkraftwerksprojekts ein, das sie von ihrem angestammten Land zu vertreiben droht. Aufgrund ihres Engagements werden die Mitglieder von COPINH bedroht und drangsaliert.

Dass die aktuellen Drohungen sehr ernst zu nehmen sind, zeigt auch die Ermordung der Umweltschützerin Berta Cáceres. Am frühen Morgen des 3. März 2016 war die Gründerin von COPINH in ihrem Haus in der Stadt La Esperanza im Departamento Intibucá erschossen worden. Sie hatte sich u.a. auch gegen die rücksichtslose Ausbeutung von Bodenschätzen eingesetzt.

Am 7. März 2016 erließ die Interamerikanische Menschenrechtskommission Maßnahmen zum Schutz aller Mitglieder von COPINH und der Familie von Berta Cáceres und begründete dies mit den Gefahren, die ihre Arbeit im Bereich der Menschenrechte, der Umwelt und natürlicher Ressourcen mit sich bringt, sowie mit ihrer erhöhten Schutzbedürftigkeit nach der Ermordung von Berta Cáceres.

Angesichts der Angriffe auf die Gemeinschaft in der Vergangenheit und dem Mord an der bekannten Umweltschützerin Berta Cáceres fordern Rosalina Dominguez, der Indigenenrat und die Organisation COPINH die Regierung von Honduras auf, die jüngsten Drohungen zu untersuchen und die Sicherheit der bedrohten Menschen zu gewährleisten.

Honduras ist nach Einschätzung von AI eines der gefährlichsten für MenschenrechtsverteidigerInnen, insbesondere für solche, die sich für Land- und Umweltrechte einsetzen.



Brieftext

Bitte schreiben Sie an die Ministerin für Menschenrechte der Republik Honduras und senden Sie eine Kopie an die Botschafterin in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto Luftpost 1,10 EUR; Standardbrief nach Berlin 0,80 EUR**). *Bearbeitung möglichst innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.07.2019.*

[Fax-Nr. der Botschaft: 030/39749712, I.E. Frau Christa Castro Varela; Email: embajadahonduras.de@gmail.com]

Karla Eugenia Cueva Aguilar
Ministra de Derechos Humanos
Ministerio de Derechos Humanos
Contiguo Edificio Rojo y Complejo Hotelero
Avenida República de Panamá
Tegucigalpa
HONDURAS

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Berichte über Morddrohungen gegen die Menschenrechtsverteidigerin Frau **Rosalina Dominguez**, ihre vier Söhne im Alter zwischen 16 und 30 Jahren sowie zwei Angehörige der indigenen Gemeinschaft von Río Blanco im Departamento Intibucá erfüllen mich mit großer Besorgnis.

Am 30. April und 1. Mai 2019 sollen mindestens sieben Personen, von denen eine bewaffnet war, verbale Drohungen ausgesprochen haben. Mitte Mai soll Rosalina Dominguez erneut bedroht worden sein.

Die Menschenrechtsverteidigerin engagiert sich für die Indigenenorganisation COPINH (Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras). Ebenfalls ist sie zuständig für Finanzen im Indigenenrat von Río Blanco.

Es ist zu befürchten, dass die Drohungen Ausgangspunkt von Angriffen gegen die indigene Gemeinschaft sein könnten.

In Anbetracht der Ermordung der Umweltschützerin und Gründerin von COPINH, Frau Berta Cáceres, im März 2016 fürchte ich um die Sicherheit der Angehörigen der Organisation. Ich appelliere an Sie, dafür Sorge zu tragen, dass Frau Rosalina Dominguez, ihre Söhne und alle anderen Betroffenen wirksamen Schutz vor Gewalttaten erhalten.

Ebenso ersuche ich Sie, eine Untersuchung der Drohungen einzuleiten. Die Verantwortlichen für die Einschüchterungen sollten in einem fairen Prozess vor Gericht gestellt werden.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen sehr.
Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

I.E. Frau Christa Castro Varela
Botschaft der Republik Honduras
Cuxhavener Straße 14
10555 Berlin

Exzellenz,
mit untenstehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie zukommen lasse, möchte ich die
Ministerin für Menschenrechte der Republik Honduras um Schutz für die
Menschenrechtsverteidigerin Rosalina Dominguez, für ihre Söhne und weitere Angehörige einer
indigenen Gemeinschaft bitten.
Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)